

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1927

21 (26.1.1927)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Rufstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1,15 M mit 1 M ohne Zustellung. Einzelpreis 10 S. Sonntags 15 S. — Anzeigen: die einsp. Kolonnenzeile 25 S. Reklame 1 M. Annahmestunde 8 Uhr vorm. Postfach, Karlsruhe 2650.

Ausgabe: Wertlos mittags. Geschäftsstelle: u. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöcklin; für die Redaktion verantwortlich: Ben mann Kabel; für den Anzeigenteil: Gustav Krüger. Druck und Verlag der Verlagsdruckerei Volksfreund G. m. b. H., sämtliche in Karlsruhe.

Der Besitzbürgerblock fertig?

Berlin, 25. Jan. (Eig. Draht.) Im Verlauf des Dienstag wurden die Verhandlungen zur Bildung des Besitzbürgerblocks zwischen Reichstagspräsident Dr. Marx und 5 deutschnationalen Unterhändlern fortgesetzt. Auch Reichsarbeitsminister Dr. Brauns nahm wieder an den Verhandlungen teil. Die für ein Regierungsprogramm ausgearbeiteten Richtlinien wurden nachmittags den für die Rechtsregierung in Frage kommenden Fraktionen unterbreitet. Insbesondere beschäftigten sich die einzelnen Fraktionen mit dem Stand der Verhandlungen und dem künftigen Regierungsprogramm. Eine Einigung über die programmatische Regierungserklärung ist bisher noch nicht erfolgt. Es sind noch Schwierigkeiten über die Formulierung in Bezug auf die Außen- und Innenpolitik vorhanden. Es ist trotzdem anzunehmen, daß der Besitzbürgerblock am Donnerstag oder Freitag in Erscheinung tritt. Ueber den sozialpolitischen Teil des Regierungsprogramms soll rasch eine volle Einigung zwischen einer „Kochkommission“ der deutschnationalen, bestehend aus den Abgeordneten Schiele, Verden, Sambach, Leopold und von Goldacker, und den Ministern Brauns und Curtius erzielt werden sein. Eine endgültige Fassung der Richtlinien des Regierungsprogramms soll bis Mittwoch normiert sein, und dann dem Parlament vorgelegt werden, deren Vertreter Koch, Erlesenz und Haas am Dienstag nachmittags von Dr. Marx empfangen worden sind. Anschließend wird die demokratische Fraktion ihre endgültige Stellungnahme zur Bildung der Regierung von der Fassung der Richtlinien abhinaus machen.

Die Wirtschaftliche Vereinigung hält, wie verlautet, an ihrem bisher ergriffenen Standpunkt fest, eine Beteiligung an der neuen Regierung abzulehnen. Sie will dem Kabinett des Besitzbürgerblocks mit wohlwollender Neutralität zusehen und es unterstützen, solange die Regierung den Forderungen des Mittelstandes Rechnung trägt.

Berlin, 26. Jan. (Funkdienst.) Der „Kuhhandel“ über das Reichstagswahlgesetz wird heute in die letzten Abendstunden fortgeführt worden. Das Ergebnis ist vorläufig noch zweifelhaft. Ein deutschnationales Blatt behauptet heute, daß man sich in sachlicher Hinsicht einig sei, während andere Blätter wieder die Überwindung der letzten Schwierigkeiten für heute mittags ankündigen. Jedenfalls erwartet der sich selbst untergeordnete Herr Marx im Laufe des heutigen Vormittags seinem Kommandanten Hindenburg über den bisherigen Gang seiner Bemühungen Bericht. Soll Hindenburg vielleicht wieder einreisen?

Was die Demokraten machen, ob sie sich beteiligen oder ebenfalls in Opposition treten, steht bisher nicht endgültig fest. Das „Berliner Tageblatt“ erwartet, daß die Demokraten keine Vertreter in die Regierung entsenden. Immerhin besteht aber leider die Befürchtung, daß Dr. Reinhold für seine Person bereit ist, das bisherige Amt auch in der neuen Regierung zu behalten. Das Blatt polemisiert gleichzeitig gegen eine derartige Absicht. Es ist nicht unbekannt, daß Reinhold allen Ernstes daran denkt, in seinem Amt zu verbleiben.

Nach diesen Meldungen scheint eine Besitzbürgerblock-Regierung tatsächlich nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit zu liegen. Es wäre sicher eine Tragik, wenn knapp neun Jahre nach der Revolution eine Anzahl Minister an die Spitze des republikanischen Staates gestellt werden, die der republikanischen Staatsverfassung grundsätzlich feindselig gegenüberstehen. Zu der zur Erörterung stehenden Personfrage bemerkt nämlich die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Deutschnationalen nach der Stärke ihrer Fraktion einen Anspruch nicht auf drei, sondern auf vier Ministerposten haben. Es sei zu erwarten, daß die Deutschnationalen ihre Ansprüche energisch vertreten werden, um nicht in entscheidenden Fragen an Einfluß zu verlieren.

Was werden die entscheidenden Fragen sein? Sozialpolitische und kulturelle. Kommt eine Bürgerblock-Regierung zusammen, so wird es eine Regierung ohne die Arbeitererschaft und gegen die Arbeitererschaft sein, die sich leider nach der Revolution in verschiedene Lager gespalten hat und damit ein Teil schuld an der Entwicklung der Dinge trägt. Trotzdem ist damit die grundsätzliche Krise geschwunden, die wirtschaftspolitisch und sozialpolitisch die Arbeitererschaft und ihre Organisationen von der künftigen Regierung einer

bürgerlichen Mehrheit trennt. Das Zentrum, dem heute noch starke Arbeitermassen anhängen, wird unmöglich mit nur einem blauen Auge aus der Verbindung mit solcher Regierungskoalition davon kommen, sobald die ihm anhängenden Arbeiter mal erkennen, daß ihre Interessen an den Bürgerblock verkauft worden sind.

Der „Vorwärts“ schreibt heute zu dem Bürgerblockprogramm unter dem Titel „Rechts und u. a. folgende: „Wir legen weder den Richtlinien noch dem Regierungsprogramm“ übertriebene Bedeutung bei. Mag darin stehen was will. Die Deutschnationalen bleiben die sie sind und der Besitzbürgerblock bleibt der er ist. Worte können an ihrem Charakter nichts ändern. Und ebenso wenig könnte sich an ihm etwas ändern, wenn der Demokrat Reinhold, wie behauptet wird, Lust verspüren sollte, auch in der neuen Regierung weiter den Finanzminister zu spielen. Nach dem Bürgerblock kommt die Abrechnung, kommen die nächsten Wahlen. Darum Vorhang auf! Laßt die Komödie beginnen!“

Unbehagen im Zentrum

Köln, 25. Jan. (Eig. Draht.) Wie stark die Verstimmung ist, die die Taktik der Zentrumsfraktion des Reichstages bei der Regierungsbildung selbst in den ländlichen Bezirken bei den eigenen Anhängern der Zentrumspartei auslöst, zeigt ein Artikel der „Berliner Welt“, der unter der Überschrift: „Allerlei Werturteile aus Berlin“ darauf hinweist, daß Marx sich dem Kommando: „Rechts schenkt marsch!“ gefügt habe, das allerdings nicht von dem sojuzierten Generalstab ausging, sondern von Herrn v. Löffel ausgeht worden sei. Dieser Löffel habe seit Hindenburg als Sprachrohr gebraucht, und man verlange nun von den Zentrumsanhängern im Lande, daß sie mit Beweiserstattung die Befehle aufpassen und „zu Befehl“ schnarren. Demgegenüber betont das Blatt, daß das vorgesehene wahr gewesen sei, heute nicht falsch sein könne. Die Rechtsregierung bleibe ein Liebel, ob sie ein notwendiges Liebel sei, müsse noch bewiesen werden. Die große Zentrumsprelle, auch die „Kölnische Volkszeitung“ hätte merkwürdigerweise bei ihren Meldungen auch über die Vorgänge in Berlin allerlei verschwiegen. Von der Grundlage der Zentrumspolitik wird nicht viel mehr übrig bleiben, nachdem sie auf der deutschnationalen Tenne mit dem Dreifachseil der Herren Westarp und Berg gedroschen worden sind. Immerhin sei noch Hoffnung vorhanden, daß aus dem Handel mit den Ostelbtern nichts werde, denn alles könne sich ja schließlich das Zentrum nicht gefallen lassen.

Diese Ausführungen zeigen treffend, wie stark in Zentrumskreisen das Unbehagen über die Politik der eigenen Führer in Berlin ist, und es wird abzuwarten sein, ob die Krisis draußen im Lande irgend welche Wirkungen auf die Berliner Herren in den nächsten Tagen und Wochen zeigen wird.

Gesler und die Demokraten

Berlin, 26. Jan. (Funkdienst.) In einem Teil der Berliner Presse wird heute das Gerücht wiedergegeben, daß der Reichswehrminister Dr. Gesler aus der demokratischen Partei ausszutreten beabsichtige und dem Vorsitzenden der demokratischen Reichstagsfraktion von diesem Entschluß in einem eingehenden Brief Kenntnis zu geben gedenke. Gesler scheint also langsam selbst einzusehen, daß seine Mitarbeiterschaft in der demokratischen Partei ein Ding der Unmöglichkeit geworden ist. Er selbst hat noch so sehr betont, daß er nach wie vor auf dem Boden der demokratischen Weltanschauung stehe. Aber was Gesler betont, ist nicht maßgebend, sondern ausschlaggebend ist zur Beurteilung seines Verhaltens und seiner Gesinnung seine bisherige Handlungsweise und die widerspricht jeder demokratischen Grundanschauung. Von verschiedenen demokratischen Parteiorganisationen im Lande sind in den letzten Tagen an den Vorstand der demokratischen Partei Auschlussanträge gegen den Reichswehrminister Dr. Gesler beantragt worden.

Die Auschlussanträge werden nicht durchgeföhrt werden müssen. In der Zwischenzeit verjuchte der Finanzminister aber hinter den Kulissen in Verhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei und den Deutschnationalen durch einen Kompromiß den Staatsarbeitern wenigstens einen Teil der ihnen zugebilligten Notauswendungen, einen Wochenlohn, zu entreißen. Der Bauernbund machte aber diese Ausschmierung der Staatsarbeiter nicht mit, und stimmte zusammen mit einigen christlichen Arbeitervertretern für den sozialdemokratischen Antrag. Wie sich der Finanzminister der Folge seiner endgültigen Niederlage im Parlament entziehen wird, ist bis zum Augenblick nicht bekannt. Bescheidend ist übrigens, daß in dem scharfen Kampf gegen den Unternehmenseinstandpunkt des Finanzministers keiner der Kommunisten von sich aus mit einem Wort für die Staatsarbeiter eintrat.

Drohender Streit in Polen

Warschau, 26. Jan. (Funkdienst.) In dem polnischen Verkehrsweisen droht ein Streit zur Wirklichkeit zu werden. Die Vereinten Verbände der staatlichen Beamten des Transportwesens fordern die Zahlung eines Teuerungsausgleiches in Höhe eines Monatsgehaltes und Fälligkeit der Gehälter um 35 Prozent. Ähnliche Forderungen sind von der Regierung bereits einmal abgelehnt worden. Die Verhandlungslitung kündigt an, daß im Falle einer Ablehnung der Streit proklamiert werden soll. Das würde eine Stilllegung des gesamten polnischen Verkehrswesens bedeuten.

China will seine Unabhängigkeit

London, 26. Jan. (Funkdienst.) Die Sübregierung Chinas hat in einem langen Manifest die volle Unabhängigkeit Chinas als unverrückbares nationales Ziel und gleichzeitig ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung erklärt. Inzwischen dauert der strategische Rückzug der Engländer aus Mittel- und Westchina an.

Abkommen zwischen Polen und Danzig in der Sozialversicherung

Berlin, 25. Januar. Am 24. Januar wurde in Berlin ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich, der Republik Polen und der Freien Stadt Danzig über die Durchführung des Artikels 312 des Versailler Vertrages unterzeichnet. Es handelt sich um ein Auseinandergehensabkommen, das auf dem Gebiete der Sozialversicherung alle mit der Positivierung des Danziger Staatsgebietes aus dem deutschen Reich zusammenhängende Fragen regelt. Im einzelnen wird bestimmt, welche Rentenversicherungen in der Unfall-, Invaliden- und Altersrentenversicherung zwischen Danzig und Deutschland bestehen. Der Betrag, den das deutsche Reich zur Abfindung aller Ansprüche aus den genannten Versicherungsweigen nach Artikel 312 des Versailler Vertrages an Danzig zu zahlen hat, ist auf 55 Millionen Goldmark festgesetzt worden. Ferner sieht das Abkommen eine besondere Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Polen über die Versicherung der auf Danziger Gebiet beschäftigten Eisenbahndienstleistungen vor.

Beleidigungsprozess des Ministers Hirtfelder

Berlin, 25. Jan. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute der Prozess gegen den früheren Hauptgeschäftsführer des „Deutschen Tagblatt“ Dr. Hirtfelder, wegen Beleidigung des preußischen Wohlfahrtsministers Dr. Lippert. Der Prozess mußte zweimal aus verfahrensrechtlichen Gründen unterbrochen werden. In dem von dem Angeklagten geleiteten „Deutschen Tagblatt“ war mehrmals behauptet worden, daß sich der Minister bei seiner Reise nach Wien dort unwürdig aufgelehrt habe und im betrunkenen Zustande auf eine Wiener Polizeiwache eingeliefert worden sei. Dr. Hirtfelder hat sich dem Verfahren als Nebenkläger angeschlossen. Außer Dr. Lippert hat sich noch ein zweiter Angeklagter namens Rudolph, Redakteur des „Salzburger“ zu verantworten. Rudolph wurde zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten und der Redakteur des „Deutschen Tagblattes“, Julius Lippert, zu 2000 Reichsmark Geldstrafe, im Nichtbeitragsfalle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Dem Minister wurde die Publikationsbestimmungen im „Salzburger“ und im „Deutschen Tagblatt“ sowie im „Lokalanzeiger“ und in der „Germania“ erteilt.

Ausgabe der neuen Reichsanleihe

Berlin, 25. Jan. (Eig. Draht.) Amtlich wird gemeldet: Von den Kreditmöglichkeiten, die dem Reich zur Bekämpfung außerordentlicher Ausgaben durch die Entzusage von 1924 und 1926 in Höhe von rund 940 Millionen Reichsmark eingeräumt sind, hat das Reich bisher weder im Wege einer öffentlichen Anleihe noch im Wege von Schatzanweisungen Gebrauch gemacht. Die inzwischen erfolgte Entzung des Reichsanleihekontos auf 5 Prozent und die befriedigende Verfassung des Geldmarktes haben nunmehr den Reichsminister der Finanzen bestimmt, einen Betrag von 500 Millionen Reichsmark, 5 Prozent deutscher Reichsanleihe zu begeben. Von diesen werden 300 Millionen Reichsmark von einem unter Führung der Reichsbank stehenden Konsortium von deutschen Banken und Bankfirmen übernommen, die restlichen 200 Millionen sind zum Teil bereits fest mit vorläufiger Sperrverpflichtung untergebracht. Die Anleihe ist bis 1934 un kündbar, von da ab erfolgt die Tilgung innerhalb 25 Jahren durch Auslösung zum Nennwert. Eine verbriefte Tilgung oder Gesamttilgung ist bis 1937 ausgeschlossen. Die Zeichnung findet zum Kurs von 92 vom Hundert in der Zeit vom 3. bis 11. Februar 1927 statt.

Tumult im Wiener Gemeinderat

Wien, 25. Jan. Im Wiener Gemeinderat kam es heute nacht zu heftigen Auftritten, als die sozialistische Mehrheit die von der christlich-sozialen Minderheit seit vielen Wochen geübte Obstruktion gegen die Steuerpolitik der Gemeinderat durch Annahme eines Antrags auf Schluß der Debatte abrichtete. Die Christlichsozialen machten darauf mit Pfeifen, Trommeln und anderen Instrumenten einen obren beläubenden Lärm. Der Bürgermeister schloß um Mitternacht die Sitzung. Der Vorfall hat das Verhältnis zwischen der sozialistischen Mehrheitsmehrheit und der christlichsozialen Minderheit so verschärft, daß eine vorzeitige Auflösung des Gemeinderats nicht ausgeschlossen erscheint, was auch auf die Lage im Nationalrat zurückwirken würde.

Aus dem bayerischen Landtag

München, 25. Jan. (Eig. Draht.) Die um Weihnachten den bayerischen Beamten und Staatsarbeitern vom Finanzministerium zugesicherte einmalige Notauszahlung in Höhe von insgesamt 4 Millionen Reichsmark kam am Dienstag zur entscheidenden Entscheidung vor das Plenum des Landtags. Der Finanzminister und die Bürokratie seines Ministeriums hatten sich mit allen Kräften gegen die Einweisung künftiger Staatsarbeiter, also gegen die einstimmig beschlossene Regelung gekämpft. Zweimal aber stand der Finanzminister der beschlossenen Willensmeinung der gesamten Volksvertretung gegenüber und nach am 10. Januar gab der Finanzausschuß einstimmig einem sozialdemokratischen Antrag seine Zustimmung, daß nämlich der erste Beschluß des Ausschusses von der Re-

Die Weisrussen in Polen

In den letzten Wochen und Monaten ist die Frage der polnischen Westgrenze, also der deutsch-polnischen Grenze, in der Öffentlichkeit viel diskutiert worden. In Deutschland hat man hierzu überwiegend den Standpunkt eingenommen, den Reichspräsident Hindenburg vor wenigen Tagen in seiner Rede in Lodz vertreten hat, daß diese Grenze zwar widerständig sei, man aber nur eine Revision auf friedlichem Wege anstreben könne. Es liegt eben in dieser Grenzsetzung einer der schwersten Fehler von Versailles, wo man glaubte, den Strom geschichtlichen Lebens durch Propaganda eine andere Richtung geben zu können. Das ist aber nicht das einzige Grenzproblem Polens. Dieses Land hat auch durch die Gestaltung seiner Ostgrenzen seiner politischen Entwicklung eine schwere Belastung auferlegt.

Als Pilsudski im Frühjahr 1920 gegen Kiew zog, war sein großer Plan der, die Ukraine und Weißrußland von dem russischen Sowjetstaat loszureißen und als selbständige, an Polen angelehnte Staaten zu konstituieren. Der polnisch-russische Krieg endete aber ohne besonderen Erfolg. Die im Frieden von Riga festgesetzte Ostgrenze Polens ist deutlich zum Ausdruck: Polen bekam von Weißrußland und der Ukraine je ein Stück, während der größere Teil beider Gebiete als Sowjetrepublik in dem Verband der Sowjetunion blieb. Wie stark auch die alliierten Mächte die Zweckmäßigkeit einer solchen Zerstückelung einseitiger Gebiete anzweifeln, geht daraus hervor, daß sie mit ihrem Beschluß vom 15. März 1923 über die polnische Ostgrenze, deren Festsetzung ihnen nach Artikel 8 des Versailler Vertrages zustand, die Grenze des Rigaer Vertrages zwar anerkannten, aber den Zusatz machten: „Unter der Verantwortung der vertragschließenden Parteien“, d. h. Polen und Sowjetrußlands.

Polen hat sich durch diese Grenze Millionen nichtpolnischer Menschen einverleibt, die — einschließlich Ostgaliziens — auf wenigstens 5 Millionen Ukrainer und 1,5 bis 2 Millionen Weißrussen zu beziffern sind; die Juden sollen hier außer Betracht bleiben. Die Weißrussen siedeln geschlossen im nordöstlichen Teil Polens bis in den Wilnaer Korridor hinein. Zentriert die Grenze sind auf der russischen Seite 4 bis 5 Millionen Weißrussen geblieben. Hauptstadt und Mittelpunkt der weißrussischen Sowjetrepublik bildet Minsk. Die Nachbarlage und die geschichtliche Verbindung mit Litauen haben auch Pläne eines weißrussischen litauischen Staates zur Folge gehabt, wie sie beispielsweise von Lastowski vertreten worden sind, aber ohne praktischen Erfolg.

Der weißrussische Stamm steht auf sehr primitiver Kulturstufe. Aber hier wie bei so vielen Stämmen des Ostens ist das nationale Bewußtsein und die Forderung nach einem nationalen Eigenleben im Wachsen. Die Polen versuchten daneben durch einen brutalen und geistlosen Verwaltungsapparat hier zu polonisieren. Außer den Schiffen der Beamtenwiltür ist wie im ukrainischen Gebiet Polens noch ein besonders krasser sozialer Gegensatz zwischen einer sehr dünnen polnischen Oberschicht, z. B. dem Großgrundbesitz, und dem weißrussischen Bauer zu verzeichnen. So erreichte Polen das Gegenteil: Es forderte die friedliche und schwerfällige Bevölkerung heraus und stärkte die national-weißrussischen Tendenzen. Da aber die Weißrussen immer mehr zu der Überzeugung kamen, daß im Rahmen des polnischen Staates ihre national-kulturellen Forderungen, für die nur die polnische Sozialistische Partei Verständnis hatte, nicht befriedigt werden würden, bekam die weißrussisch-nationale Bewegung immer mehr eine Wendung gegen den polnischen Staat, und die geschichtliche bolschewistische Nationalitätenpolitik führte schließlich dazu, daß in Polnisch-Weißrußland der Gedanke der Vereinigung mit der weißrussischen Sowjetrepublik als die nächstliegende Möglichkeit der Befreiung von dem polnischen Joch immer mehr an Boden gewann. So erklärte sich im polnischen Weißrußland die Verknüpfung nationaler und kommunistischer Ideen.

Für die polnischen Behörden war es natürlich das Bequemste, diese Bewegung als rein kommunistisch zu brandmarken, und unter dieser Prägung sind ja auch die jüngsten Massenverhaftungen von Weißrussen in Polen erfolgt. In Wirklichkeit handelt es sich aber in erster Linie um eine nationale Bewegung, die gerade durch die verderbliche polnische minderheitenfeindliche Innenpolitik erst in das kommunistische Fahrwasser getrieben worden ist. Das Polen so dem Bolschewismus selbst in die Hände arbeitet und welche Gefahren es sich selbst im Falle eines bewaffneten Konflikts mit der Sowjetunion heraufbeschworen hat, ist klar. Auch das Regime Pilsudski hat hier seinen Wandel geschaffen.

Die englische Chinaexpedition

Widerpruch der Arbeiterpartei

London, 24. Jan. (Eig. Drahtbericht.)

Im Laufe des Monats sind weitere militärische Vorbereitungen für die Chinaexpedition bekannt geworden. Aus Indien wird gemeldet, daß außer den bereits gemeldeten zwei Bataillonen britischer Regimenter noch zwei eingeschobene indische Bataillone, eine Kompanie Sappeure und Minenartillerie sowie eine Maschinengewehrabteilung marschbereit gemacht worden sind.

Es handelt sich also um die Entsendung einer ganzen indischen Brigade. Die Gesamtheit der nunmehr auf dem Wege befindlichen oder auf Marschbereitschaft gestellten britischen Truppen ist: 10 britische und 2 indische Infanteriebataillone, 1 Tank-Kompanie, Abteilungen von Artillerie, Sappeuren, Maschinengewehrabteilungen, wozu noch die bereits in China befindlichen 3 Infanteriebataillone, 7 schwere Batterien und eine Maschinengewehrabteilung tritt. Die Tatsache, daß die Regierung alle von den Zeitungen und nichtamtlichen Korrespondenzbüros gemeldeten Truppenbewegungen zunächst offiziell dementiert hat, um sie später zuzugeben, hat in politischen Kreisen Londons starke Erregung hervorgerufen.

In einem neuen Interview des „Daily Herald“ spricht Macdonald seine Bewunderung über die militärischen Presseberichte der Regierung aus, die im Widerspruch zu den Mitteilungen des auswärtigen Amtes klingen. Man müsse sich wieder einmal fragen, ob das Militär der Diener des Staates oder der Staat das Sprechende für das Militär sei. Denn wie weit der Gang der militärischen Vorbereitungen schon gediehen ist, geht aus der Tatsache hervor, daß nun-

mehr auch die liberale Presse eine frühere Einberufung des Parlaments zur Besprechung der chinesischen Truppentransporte fordert. Von offizieller Seite wird immer wieder betont, daß diese Truppenkonzentrationen nach Schanghai keinen aggressiven Charakter haben und daß keinerlei Absicht bestehe, sich in die innerchinesischen Kämpfe einzumischen.

Die australischen Arbeiter gegen eine Intervention in China

Sydney, 25. Jan. Die australische Arbeiterunion nahm auf einer hier abgehaltenen Konferenz einstimmig eine Entschließung an, unverzüglich einen Feldzug gegen die Intervention in China zu eröffnen, um zu verhindern, daß australische Truppen oder australische Kriegsschiffe nach China entsandt werden.

Sozialistenverfolgungen in Rumänien

Bukarest, 24. Jan. (Eig. Bericht.) In der Bukowina (Rumänien) haben neuerdings wieder Sozialistenverfolgungen mit aller Macht eingesetzt. Der große Erfolg, den die sozialdemokratische Partei bei den letzten Parlamentswahlen errang — sie erhielt in den ländlichen Bezirken der Nordbukowina zwischen 13 und 23 Prozent aller abgegebenen Stimmen — läßt die Militär- und Polizeibehörden nicht ruhen. Ihre Maßnahmen richten sich unter den verschiedensten Vorwänden vor allem gegen die ukrainischen Sozialdemokraten, die in den Dörfern über starken Anhang verfügen. Nachdem schon vor Monatsfrist der Redakteur des ukrainischen Parteiorgans „Stajuc“ und der ukrainische Arbeitersekretär Rusnac verhaftet wurden, ist nun die Verhaftung des Genossen Lupuleac, Listenführer unserer Partei im Bezirke Storozenec, erfolgt. Außerdem seien zahlreiche Vertrauensmänner vom flachen Lande hinter Schloß und Riegel. Die Zahl der Arbeiter und Bauern, die wegen Bezugs des ukrainischen Parteiorgans „Borotba“ von den Gendarmen dem Czernowitzer Militärgericht überstellt wurden, ist Legion. In der ganzen Nordbukowina, die unter Belagerungszustand steht, ist für die ukrainischen Sozialdemokraten ein Zustand der absoluten Unfreiheit eingetreten. Der Verdacht, daß jemand Sozialist ist, vollends aber die Bekümmerte oder gar die Verbreiterin der „Borotba“ genügt den Gendarmen, alle Künste rumänischer „Ordnungshüter“ spielen zu lassen.

Barmatprozeß

Berlin, 24. Jan. (Eig. Bericht.) Im Barmat-Prozeß äußerte sich am Montag Staatsminister Soltau über die Buchungen und Kontobewegungen der Amerima. Dabei kam es mehrfach zu Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Sachverständigen Leiner. Im übrigen war diese erste Sitzung der dritten Verhandlungswache ausschließlich mit der Vernehmung des früheren Vizepräsidenten der preussischen Staatsbank, Geheimrat Raue, ausgefüllt. Er gibt an, daß ihm selbst über große Summen ähnlichen Geldes, die ausgegeben wurden, von den übrigen Mitgliedern der Direktion keine Mitteilung gemacht wurde. Aus allgemeinen Gesichtspunkten heraus habe er die Kredite zu verweigern gesucht und daher zum erstenmal im Juni 1924 mit Julius Barmat ausfindig gemacht. Barmat habe eine Abschlachtung der Kredite und eine Veräußerung der Unterlagen für die verbleibenden Kredite. Nebenbei seien die Barmat-Kredite aber nicht abgehakt, denn die Summe habe damals für die Bank keine Rolle gespielt. Dr. Hellwig vertritt, die Staatsbank sei froh gewesen, daß Barmat nicht zurückgekehrt habe, weil sie sonst mit dem Gelde aufgelassen wäre. Nach dem 15. September sind die Kredite dann nicht mehr verlängert worden, und zwar, wie der Zeuge erklärt, erstens weil ein neuer und zwar zinsloser Kredit verlangt wurde, zweitens weil ein Kredit von 200 000 M nicht rechtzeitig zurückgezahlt worden ist und drittens, weil bereits in der Prelle Angriffe erfolgt sind.

Der Vorsitzende hebt demgegenüber hervor, daß trotzdem zu dieser Zeit über Julius Barmat noch gute Auskünfte erteilt wurden, die von den beiden Beamten der Staatsbank, Raue und Wretensch, unterzeichnet waren. Der Zeuge behauptet, Barmat habe ihm, um jedes Mißtrauen zu zerstreuen, den Vorhänger gemacht, einem Unterteilanten einen Einblick in die Verhältnisse des Barmat-Kontos tun zu lassen. Mit dieser Mission habe er, Raue, seinen Schwiegerjohn Dr. Böttner, beauftragt. Gegenüber Einwendungen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge: Bis heute früh habe ich anlaßt, mir mit meinen Eingriffen ein großes Verdienst erworben zu haben; jetzt habe ich fast den Eindruck, als ob hier vor Gericht eine andere Auffassung bestünde.

Bestätigtes Urteil

Leipzig, 24. Jan. (Eig. Draht.) Der 3. Strafsenat des Reichsgerichts bestätigte sich am Montag mit der Revision des Schöfers Josef Müller aus Erfurt, der am 11. November vorigen Jahres wegen Totschlags und Totschlagsversuchs vom dortigen Schwurgericht zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war. Müller, der Mitglied der KPD war, wurde wegen politischer Vergehen verfolgt. Er hatte im vorigen Jahre bei seiner Festnahme in Erfurt einen Polizeileutnant mit seiner Wiffole erschossen, einen anderen Polizeibeamten schwer verletzt. Das Reichsgericht verwarf die Revision und bestätigte damit das Urteil der Vorinstanz.

Ablehnung der sozialistischen Abrüstungsanträge in Norwegen

Oslo, 25. Januar. Das Storting hat mit allen gegen 32 Stimmen die Abrüstungsanträge der Arbeiterpartei abgelehnt. Das Storting nahm eine Gesetzesvorlage an, nach der die Kosten für die neue Seereserve auf etwa 40 Millionen Kronen jährlich festzulegen werden. Das Storting bewilligte außerdem 7½ Millionen Kronen für einmalige Ausgaben für Neuanstellung gemäß der neuen Verteilungsordnung.

Das Urteil im Prozeß de Justh

Genf, 25. Jan. Die eidgenössischen Geschworenen erklärten Juan de Justh einstimmig der ihm zur Zeit gelegten Verbrechen schuldig. Der Bundesanwalt beantragte drei Monate Gefängnis abzüglich der Unterhüftungszeit, 1000 Franken Geldstrafe und lebenslängliche Ausweisung aus dem Gebiet der Eidgenossenschaft.

Das Gericht verurteilte Juan de Justh zu 24 Tagen Gefängnis, 500 Franken Geldstrafe, zehn Jahren Landesverweisung und 300 Franken Gerichtsgebühr sowie zur Tragung der Gerichtskosten. Die Gefängnisstrafe soll als durch die erteilte Unterhüftungszeit verbüßt werden.

Deutscher Reichstag

Berlin, 25. Jan. (Eig. Draht.) Die Parteien des wachsenden Bürgerblocks geben sich alle Mühe, entgegen den Ermahnungen im Vorkommensauschuss noch während der Reichstagsferien ein reaktionäres Gesetz über die Grundschulden zuzugunsten der Privatschulen durchzusetzen. Am Montag ist es ihnen gelungen, den Gesetzentwurf auf die Tagesordnung der Reichstagsführung vom Dienstag zu setzen. Heute gelang es, auf Grund eines Antrags des sozialdemokratischen Abgeordneten Crippien die Abstimmung des Gegenstandes von der Tagesordnung zu erlangen, da der Ausschussbericht erst wenige Stunden vor Beginn der Plenarsitzung verteilt worden war. Sodann gab es eine kleine Abstimmung der Wirtschaftlichen Vereinigungen. Ihr Führer, Abg. Drenth, beantragte, einen von seiner Fraktion eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über den Verkehr mit Vieh und Fleisch, an den Ausschuss zurückzuverweisen. Der sozialdemokratische Abgeordnete Simon-Franken erwiderte, daß der Ausschuss die Vorlage gründlich beraten habe, jedoch sei der Vertreter der Wirtschaftspartei, also der antwortgebenden Fraktion, überhaupt nicht zugegen gewesen. Nach kurzer Aussprache wurde der Gesetzentwurf, entsprechend dem Ausschussbescheid, abgelehnt. Ein klarer Gesetzentwurf, der die Kommissionspflicht für das Vieh- und Fleischgesetz einführt, wurde in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Dann trat das Haus in die Beratung eines Berichtes des Beschlusses des Ausschusses über einen kommunikativen Antrag, der vermehrte Schutz für Mutter und Kind, also bessere Schwangers- und Kinderfürsorge fordert. Der Ausschuss hat den kommunikativen Antrag nicht angenommen, sondern zu zwei Entschließungen abgestimmt, die von der Regierung eine Denkschrift über den Stand des Mutter- und Kinderschutzes, sowohl des öffentlichen, wie des privaten, verlangt, ferner die Regierung ersucht, den Gesetzentwurf vorzulegen, der die notwendigen Einrichtungen zum Schutze von Mutter und Kind auf eine gesicherte Rechtsgrundlage stellt. Nach einem eingehenden und laudlichen Vortrag der Kommunistin Krensch, die den kommunikativen Antrag eingebracht hat, sprach die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Nettekub in langer, materialreicher Rede für den Antrag. Sie fordert, daß Einrichtungen geschaffen werden, die allen werdenden Müttern Schutz gewähren.

An der weiteren Aussprache beteiligten sich die Kommunistin Frau Krensch, die demokratische Abgeordnete Frau Pöfers und vom Zentrum Frau Neuhaus. Die sozialdemokratische Abgeordnete, Frau Haas, beantragte einen sozialdemokratischen Antrag, der über die ziemlich farblosen Entschließungen des Ausschusses hinaus fordert, daß der Abschluß des Gesetzentwurfes, der sich insbesondere mit der Schwangerschaftsversicherung befaßt, an den Beschlussesauschuss zurückverwiesen werden soll. Dieser Antrag wird jedoch abgelehnt. Angenommen wird nur die Entschließung, die die Vorlage einer Denkschrift fordert.

Also nicht einmal die Vorlage eines Gesetzentwurfes zum Schutze der Schwangeren und Kinder, war gegen den wachsenden Bürgerblock durchzusetzen. Nachdem noch die sozialdemokratische Abgeordnete Frau Schulz-Königsberg zugunsten des Antrages des Ausschusses für die Ostfragen gesprochen hatte, der Ausbau, sowie bessere Eisenbahnverbindungen für Ostpreußen forderte, wurde die Beratung geschlossen.

Bei der Festsetzung der Tagesordnung für die Mittwochssitzung gab es wieder eine Debatte über die Frage, ob der Gesetzentwurf über die Grundschulden auf die Tagesordnung gesetzt werden soll. Crippien und Dittmann erklärten für die sozialdemokratische Fraktion, daß diese sich vorbehalten werde, ebenfalls Beschlüsse des Ausschusses zu misstrauen, wenn von der Reichstagsmehrheit entsprechend verfahren wird. Am Samstagsabend wurden beschlossen, die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Grundschulden auf die Tagesordnung der Mittwochssitzung zu bringen.

Reform des Ehecheidungsrechts

Berlin, 25. Jan. Der Rechtsausschuss des Reichstages beschloß sich am Dienstag mit Anträgen der Demokraten, Sozialdemokraten und Zentrum für die Erleichterung der Ehescheidung. Einzelne wurde die Ausdrucksform durch eine Rede des Ausschussvorsitzenden Abg. Dr. Kahl (DVP), der erklärte, daß er mit für seine Person spräche. Der Redner wies zunächst darauf hin, daß viele Länder die objektive Zerrüttung der Ehe als Ehescheidungsgrund rechtlich eingeführt hätten und führte dann weiter aus: In der Anerkennung der Notwendigkeit einer Erleichterung der Ehescheidungsgründe stimme ich mit den vorliegenden Anträgen überein. Wenn jetzt ein Ehescheidungsprozeß verloren wird wegen ungenügender Schuldbeweise, so muß die Ehe fortgeleitet werden. Es käme also eine Kluft zwischen Leben und Recht, deren Ausfüllung notwendig ist. Es müßte auch dann auf Scheidung geklagt werden können, wenn ohne nachweisbares Verschulden eine beratige Zerrüttung des ehelichen Verhältnisses eingetreten ist, daß eine dem Sinne der Ehe entsprechende Fortsetzung der ehelichen Gemeinschaft nicht erwartet werden kann, und wenn außerdem die Ehegatten bereits mindestens ein Jahr vor Erhebung der Ehescheidungsanträge getrennt gelebt haben, müßte die Scheidung erst ausgesprochen werden können, wenn die Ehegatten dem Gericht einen rechtskräftigen Vertrag vorgelegt haben, worin die gegenseitige Unterhaltspflicht, die Zuteilung und Erziehung der Kinder geregelt ist. Jeder Ehegatte müßte das Recht haben, einen Antrag auf Scheidung wegen objektiver Zerrüttung zu stellen. — Der Redner wies dann die religionskirchlichen Einwände zurück und erklärte die Befürchtung für unbegründet, daß durch die Einführung des von ihm angegebenen Ehescheidungsgrundes eine unangelegte Vermehrung der Ehescheidungen eintreten würde.

Die Abg. Frau Weber (Zent.) und Frau von Serber (DVP) sprachen sich gegen jede Erleichterung der Ehescheidung aus, während Abg. Frau Dr. Pöfers (Dem.) und Abg. Dr. Bredt (Wirtsch. Vag.) für eine Reform plädierten.

Von den Wirtschaftskämpfen

Die Berliner Metallarbeiter kündigen den Rahmenvertrag. Berlin, 26. Jan. Die Vertrauensmänner und Vertrauensobmänner der Berliner Metallarbeiter beschlossen, die Kündigung des Rahmenvertrages mit dem Ziele der Beseitigung des Uebereinstimmens.

Der amerikanische Senat für ein Schiedsgericht in der Mexikoangelegenheit.

Washington, 26. Jan. Der Senat nahm die Resolution des Senators Robinson, die die Verweisung des Konfliktes mit Mexiko vor ein Schiedsgericht fordert, an.

Karlsruher Volkzeitung vom 26. Januar

Brandschaden. In einer Schreinerwerkstätte in der Koon-Kraße entstand gestern abend vermutlich durch Draufgallen von Funken aus dem Leinwand Feuer, wodurch 11 in Arbeit befindliche Türhaken andrannien. Das Feuer wurde von Hausbewohnern größtenteils gelöscht. Die alarmierte Feuerwache konnte nach kurzer Tätigkeit wieder abrücken.

Wem gehört das Fahrrad? Auf dem Büro der Kriminalpolizei befindet sich nachbeschriebenes Herrenrad, dessen Eigentümer bis jetzt nicht ermittelt werden konnte. Marke Ema, Fabriknummer 78 132, schwarzer Rahmen und Schutzbleche, Nadeln mit grünen Streifen, neues Rad.

Unfall. Beim Ausladen von Eisenbahnwagen erlitt ein lediger Bildhauer von hier dadurch einen Unfall, daß er infolge Ausfahrens der Schienen vom Wagen abhing und dabei, wobei er sich einen Knöchelbruch ausog. Der Verunglückte fand Aufnahme im städt. Krankenhaus.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

für Donnerstag, 27. Januar: Nach Schwankungen etwas milder.

Wasserstand des Rheins

Waldshut 200, Gef. 3; Schutterinsel 83; Rehl 208; Maxau 381, Gef. 3; Mannheim 258, Gef. 1 Zentimeter.

Berliner Devisennotierungen (Mitteltags).

Table with 2 columns: City (Amsterdam, London, Paris, etc.) and exchange rates for 24 Jan. and 25 Jan.

Aus der Stadt Durlach

Die Sozialdem. Partei Durlach hält am Freitag, den 28. Januar, abends 8 Uhr, eine Generalversammlung ab und erweitert nochmals auf die Ansetzung, es wird gehofft, daß die Mitglieder sich reiflich beteiligen. Die Tagesordnung ist wichtig.

Aus dem Lande

Bretten

Mitteilungen aus der Gemeinderatsitzung vom 20. Januar

5. Der Frau Rosa Gutmann Witwe und der Frau Karoline Kuhn Witwe wurden, da der 80. Geburtstag nicht bekannt war, anlässlich der Feier ihres 85. bzw. ihres 83. Geburtstages die Glückwünsche der Gemeinderatsverwaltung unter Überreichung eines Geschenkes ausgesprochen. Ein Gesuch um Zulassung zum angebornen Bürgerrecht wird genehmigt. Nach dem von der Stadtasse vorgelegten Verzeichnis sind 4 fällige Mieter 3 Monate und länger mit der Zahlung ihrer Miete im Rückstand. In der äußeren Bahnhofstraße wider, der Gemeinderat müsse sich bei der Neubereitstellung von Gehwegen. Der Gemeinderat ist bereit, die Eigentumsverhältnisse zu regeln. Das Vorhaben des Mittelbadischen Verkehrsvereins, dessen Mitglied auch die Stadtgemeinde Bretten geworden ist, eine Verkehrszeitung herauszugeben, wird begrüßt und nach Möglichkeit unterstützt. Der Gemeinderat beschließt sich mit der Erbauung der sog. Industriestraße, um den Erwerbslosen wieder einige Zeit Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Vor endgültiger Beschlussfassung sind noch Feststellungen wegen der Höhe der Kosten nötig. Auf die Einmache einer Anzahl von Anwohnern an der Wilhelmstraße um Herstellung eines Platzes wird erwidert, der Gemeinderat müsse sich bei der Neubereitstellung von Gehwegen nach dem Programm richten, daß das Wasser- und Straßenbauamt und der Kreis für die Verbesserung der Landwege zu verbessern, soll geprüft werden, ob bei häufig begangenen Gehwegen eine Decke ähnlich derjenigen in den Wegen des neuen Friedhofes empfehlenswert ist. Das Gesuch des Konditoreibehalters Albert Zippert um Erlaubnis zum Betrieb eines Kaffees wird dem Bezirksamt befürwortend vorgelegt.

Bruchsal

Mitteilungen aus der Stadtratsitzung

Auf Antrag des Stadtkamms wird der Ausbau der Prinz Wilhelmstraße von der Salinenstraße bis zum Neubau Dreißner unter Durchführung des Veräußerungsverfahrens nach Maßgabe der Bestimmungen der §§ 22 ff. des Ortsstatutenbuches in Aussicht genommen; der vom Stadtbauamt weiter vorgeschlagene Ausbau der genannten Straße bis zur Büchsenstraße und der Ausbau der Büchsenstraße zwischen Prinz Wilhelmstraße und Wolfstraße muß mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt zurückgestellt werden, die bei einer weiter fortschreitenden Bebauung ein unabwiesbares Bedürfnis hierfür vorhanden ist. Zum Abbruch des sogenannten Dollschen Hauses am Torweg wird dem Stadtbauamt der nachgelagte Kredit bewilligt; das Abbruchmaterial soll einer öffentlichen Versteigerung ausgesetzt werden. Der Umbau des Erdgeschosses des sogenannten Hoheneggerwohnhauses in Laden ist in Aussicht genommen; wegen Vermietung der Läden im Wege des öffentlichen Wettbewerbs ist ein Ausschreiben in den Tageszeitungen veranlaßt worden. Zur Entfernung jedes zweiten Alteschusses in der Bahnhofstraße und einiger Plankanten auf den Anlagen gegenüber dem Hotel Friedrichshof wird dem Stadtbauamt die Genehmigung erteilt. Der Anschlag der Abwasser aus dem Umbau Schrott u. Co. am Bannweidweg an den Entwässerungsgraben dieses Wees nach den von der Firma Maier u. Hoffmann vorgelegten Plänen wird gutgeheißen. Durch die fortschreitende Bebauung des Bahnhofgebietes ist eine Verlegung des derzeitigen Restplatzes notwendig geworden; als künftiger Restplatz wird der neue Restplatz beim Güterbahnhof in Aussicht genommen. Das Stadtbauamt hat einen Vorschlag über die Neubestimmung der Ortsgrenze der Gemarkung Bruchsal aufgestellt, der zunächst dem Bauausschuß zur Prüfung und Begutachtung überwiegen wird.

Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner. Die hiesigen Republikaner haben sich zu einer „Arbeitsgemeinschaft entschiedener Republikaner“ zusammengeschlossen. Die Geschäftsstelle befindet sich in Berlin N. 20, Prinses Allee 69.

Dorn's Kaffee advertisement with logo and text: seitdem ich ihn kenne, trinke ich keinen anderen mehr. Lotte

Deutscher Holzarbeiter-Verband advertisement: Einladung zu der am Sonntag, den 30. Januar, vormittags 10 Uhr, im „Friedrichshof“, Karl Friedrichstr. 28 (Gartensaal) stattfindenden Jahres-Generalversammlung

Bad. Lichtspiele advertisement: Heute abend 8 Uhr Die weiße Schwester Musikbegleitung. 1254

Soz. Partei, Frauensektion Karlsruhe advertisement: Am Sonntag, 29. Januar, abends 8 Uhr findet im „Friedrichshof“ (Gartensaal) ein Unterhaltungsabend statt

Stenotypistin gesucht advertisement: mit Sprachkenntnissen (engl. und franz.) zum allseitigen Dienstantritt. Arbeitsamt Baden-Baden

Damenfahrrad advertisement: gut erhalten 40 RM, Herrenfahrrad gut erhalten 35 RM, Nähmaschine gut erhalten 35 RM, Email-Kochherd weiß, gut erhalten 55 RM

Rastatter Anzeigen advertisement: Erhebung der Handwerkskammer-Umlage für das Rechnungsjahr 1927

Bucherer advertisement: eingetroffen ein Wagen Holländer Gemüse, Rot-Weiß-Kraut 10 RM, Schwarzwurzeln 10 RM

Rastatt Volkshochschulkurse advertisement: Morgen Donnerstag, 27. Jan. abends 8 Uhr, im großen „Museumssaal“

Amerikaner advertisement: (Behrer) erteilt gründl. engl. Unterricht amert. Methode Angebote um Nr. 1270 an das Volkshausarbeiten. Druckmaschinen aller Art

Auf Grund des § 11 advertisement: des Pressegesetzes ersuche ich Sie, so schreibt uns Herr Bliemchen, Blüchheim, Zückerchenstraße 12 a, zu berichtigen, daß ich der in Ihrer Anzeige Nr. 14 erwähnte Bliemchen nicht bin.

MIX & GENEST advertisement: Telefon- und Telegraphenwerke Bauabteilung Baden

COLOSSEUM advertisement: Heute 8 Uhr, Sonntag 4 und 8 Uhr Die Tugendprinzessin



Kleine badische Chronik

*** Bimbach (bei Bühl).** Zu der Auffindung der Leiche der 18jährigen Silda König wird weiter gemeldet, daß der Befund der Sektion noch geheim gehalten wird. So viel steht fest, daß die Königin schwanger war. Der des Mordes verdächtige Liebhaber der Königin, der 19 Jahre alte Arbeiter Wendelin Friedmann aus Weitenung bei Bühl, wurde am 5. Dezember mit der Königin auf ihrem letzten Wege nach Ehersheim gesehen, wo sie ihre Schwester besuchen wollte, aber nicht eintraf. Ihr Verschwinden fiel erst am 25. Dezember auf, als sie ihre Mutter in Ehersheim holen wollte.

*** Oblobach bei Offenburg.** Sonntag morgen stürzte der verheiratete Josef Benz von dem oberen Hausstod in die Scheune auf einen aufgerichteten Leiterwagen. Er erlitt schwere innere Verletzungen, so daß man um das Leben fürchtet.

*** Donaueschingen.** Der Gendarmerte gelang es, eine Frankenfälscherbande zu enttarnen, die sich auf die Stationen Bafel und Donaueschingen erstreckte. Die Bande stellte falsche Schweizer Franken her. Es sind in Donaueschingen und Bafel schon einige Festnahmen erfolgt.

*** Birsfelden.** Vier brannte das Wohnhaus des Landwirts Friedrich Probst nieder und griff auch noch auf das Anwesen des Landwirts Anton Schwarz über, das gleichfalls eingestürzt wurde. Die Fahrnisse konnten bei dem Landwirt Probst nur zum kleinsten Teile, bei dem Landwirt Schwarz ebenfalls in nur geringem Maße gerettet werden. Das Vieh konnte gerettet werden. Der Brand entstand im Kamin durch Aufwindung.

*** Mannheim.** Am Samstagabend legte sich ein 42 Jahre alter Mann in der Nähe des Kleinfeldteges auf die Gleise, um sich von dem um 8 Uhr diese Strecke passierenden Personenzug überfahren zu lassen. Zwei Eisenbahnbeamte konnten ihn mit großer Mühe entfernen und verhüten, daß er sich unter den heranfahrenden Personenzug warf. Wegen gerüttelter Familienverhältnisse wollte sich der Mann das Leben nehmen. — Um 5 Uhr nachmittags verfuhr ein 25 Jahre alter Kaufmann in der Wohnung seiner Eltern in der Schwemmerstadt durch Einnehmen von Pulver sich das Leben zu nehmen. — Der Grund zur Tat ist unbekannt. — In der Nacht vom Samstag auf Sonntag mußte ein 39 Jahre alter Schlosser in der Schwemmerstadt mit dem Sanitätsauto in das allgemeine Krankenhaus verbracht werden, da er wiederholt verfuhrte, sich etwas anzutun. Der Grund zur Tat dürfte in Familienwirtschaften zu suchen sein. — In der gleichen Nacht um 12 Uhr nahm ein 37 Jahre alter Friseur in seiner Wohnung in der Unterstadt Schlafpulver ein und öffnete sich eine Ader am linken Arm. Wegen eines unheilbaren Herdeseidens wollte er sich das Leben nehmen. Seine Absicht mißlang, er verlor sich nur gering.

*** Espingen.** Der Jagdpächter und Gemeinderat Benz von Espingen war mit seinem Jagdaufscher Karl Weaner aus Mannheim und anderen Jagdgenossen auf der Fuchsbad. Als Gemeinderat Benz sein Jagdweber entlassen wollte, stieg durch einen unglücklichen Zufall der Schuh los und die Labung trat den etwa 2 Meter vor Benz stehenden Weaner in den rechten Oberhüftel, so daß Weaner infolge Verblutung nach ganz kurzer Zeit verstarb. Der Getötete ist ein etwa 50 Jahre alter pensionierter Eisenbahnbeamter; er hinterläßt Frau und Kinder. Weaner hat beabsichtigt, in nächster Zeit mit seiner Familie nach Espingen zu übersiedeln.

*** Sonntagssaus Karlsruhe—Kastell—Baden-Baden.** Verschiedene Anträge neben dem Badischen Verkehrsverband Anlaß, darauf hinzuweisen, daß der im letzten Jahre nur Sonntag- und Feiertags geführte Zug nachmittags 1.35 Uhr ab Karlsruhe nach Baden-Baden auch in diesem Winter bis auf weiteres regelmäßig verkehrt.

*** Postkarten nach der Schweiz.** Postkarten nach der Schweiz unterliegen hohen Nachgebühren, wenn sie die für den Auslandsverkehr zugelassene Größe (150 : 105 Millimeter) überschreiten. Die für den innerdeutschen Verkehr bis Ende 1927 noch zugelassenen Postkarten in den Abmessungen 157 zu 107 Millimeter dürfen im Verkehr mit der Schweiz nicht verwendet werden.

*** Regelschäden.** Am 1. Februar läuft die Frist für die Anmeldung von Regelschäden ab, deren Ersatz von den Gemischten gerichtlichen Kommissionen abgelehnt worden ist. Ueber die Voraussetzungen, die für die Vergütung solcher Schäden gelten, geben die Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern Auskunft.

*** Retardverkehr auf den Winterportzügen.** Das Einleihen von wintertauglichen Wagen in den letzten Tagen ließ die Winterportler sich für eine Ausfahrt am Sonntag mit Reitern und Rodeschlitten in den Schwarzwald rüsten und zwar in einem Ausmaß, wie es in den letzten Jahren kaum zu beobachten war. Besonders in der Bühliger Gegend war ein Massenverkehr zu beobachten, der als der stärkste seit drei Jahren anzusprechen ist. Die Eisenbahn hatte Hochbetrieb. Aber auch der Postauto- und Privatautoverkehr, besonders in den Renngebieten zeigte eine ungewöhnlich hohe Frequenz. Neben den durchwegs eine volle Besetzung aufwies. Die Abwanderung nach dem Schwarzwald setzte Samstag nachmittags ein, doch benutzte der größte Teil der Winterportler die Frühzüge um 5 Uhr und 6.30 Uhr.

*** Der Rüdflrom feste im Hornsgründgebiet am Sonntag nachmittags um 5.19 Uhr ab Bühl ein. Der Zug war mit 30 Wagen voll besetzt. Der Sonderzug Offenburg—Mannheim**

führte ab Achern etwa 600, ab Bühl 760, ab Baden-Dos 815 Passagiere. Der kursmäßige Zug 6.18 Uhr abends ab Offenburg führte ab Achern 730, ab Bühl 900, ab Dos 980, ab Kastell 1050 Passagiere.

Aus dem Hochschwarzwald wurden ebenfalls vollbesetzte Züge geführt. In Titisee mußten vor den kursmäßigen Zügen abends 4.42 und 6.30 Uhr je ein Vorzug eingeleitet werden.

Briefkasten der Redaktion

D. Bier. Der Mieter ist nicht verpflichtet, bei Einrichtung des elektrischen Lichtes dem Hauseigentümer einen bestimmten Barbetrag zu bezahlen. Da Sie nun aber sich damit einverstanden erklärt haben, so läßt sich an der Sache in dieser Beziehung nichts mehr ändern. Wenn aber der Hauseigentümer, außer dem schon geleisteten Betrage noch verlangt, daß Sie für die Einrichtung der Treppenbeleuchtung 2 1/2 Jahre lang, jeden Monat 2 Mark bezahlen sollen, so weisen Sie diese Forderung zurück und verlangen Sie die Vorlage der Rechnung darüber, wieviel die Einrichtung der Treppenhausbeleuchtung gekostet hat. Von dieser Summe müssen sämtliche Mieter des Hauses zusammen jährlich 10 Prozent an Verzinsung und Amortisation bezahlen. Und diese Summe ist, da sieben Wohnungen vorhanden sind, auf alle sieben Familien umzulegen und, auf den Monat umgerechnet, fortlaufend jeden Monat zu bezahlen. Die Pauschale für die Treppenhausbeleuchtung beträgt wie uns vom Elektrikarbeitsamt auf Anfrage mitgeteilt wird, monatlich 40 Pfennig pro Lampe. Ist eine Lampe für zwei Wohnungen bestimmt, so haben deren Inhaber je 20 Pfennig zu entrichten. Die beste Lösung ist immer die, wenn der Mieter bei Einrichtung der elektrischen Beleuchtung die gezielte festgelegte Verzinsung und Tilgung, also 10 Prozent für die Gesamtanlage (Treppenhausbeleuchtung und Wohnungsbeleuchtung) beanspruchte Summe bezahlt. Diese Lösung ist für Mieter wie Hausbesitzer eine gerechte. Sollte es Schwierigkeiten geben, so ist es das Beste, wenn Sie sich an die Mieter-Vereinigung wenden.

M. S. Sp. Sie tun am besten, wenn Sie sich an den deutschen Metallarbeiterverband in Karlsruhe, Friedrichstr. 11, wenden. Günstig ist die Arbeitsmarktlage in Holland auch nicht, aber auf dem Metallarbeiter-Verbandsbüro können Sie näheres erfahren. Nach Holland und Schweden ist ein Wismut mehr nötig, es genügt zur Einreise ein Reisepaß.

Nr. 101. Bei normalem männlichen Geschlecht ist das in der Anfrage erwähnte Vorkommen ausgeschlossen.

Nr. 104. Es wird Ihnen wohl nichts anderes übrig bleiben, als Ihren Wunsch auf dem Arbeitsamt anzumelden. Oder versuchen Sie es mit einem Anwalt in einer Hotelkassenschiffahrt.

R. S. Der Religionsunterricht ist in der Fortbildungsschule Pflichtfach. Die Befreiung davon kann leicht bewirkt werden. Der Schüler braucht, sobald er das 14. Lebensjahr überschritten hat, nur beim Stadtschulamt die Erklärung abzugeben, daß der Religionsunterricht nicht seiner religiösen Überzeugung entspricht und er deshalb befreit werden will.

M. J. Es kommt darauf an, welcher Berufsgruppe die Frau angehört, denn danach wird bestimmt, ob sie nach 26, 39 oder 52 Wochen ausgeteuert wird. Um eine bestimmte Antwort geben zu können, müßten wir Vorstehendes wissen oder wenden Sie sich an das Arbeitsamt.

W. W. Die Möglichkeit zur Erlangung der Weisheitszähne besteht bei Ihnen. Wenden Sie sich umgehend beim Arbeitsamt.

M. S. Wählzug. 1. Im Notfall ist es möglich, bei der Trauung 2 Zeugen auf dem Rathaus zu bekommen. 2. Selbstverständlich ist eine Ehe rechtsgültig ohne kirchliche Trauung. 3. Wenn Sie aus der Kirche austreten wollen, so müssen Sie dies auf dem Bezirksamt vornehmen.

Kammer - Lichtspiele
Kaiserstr. 168. Haltest. Hirschstr.

zeigt **Den großen heute Publikumserfolg!**

Madame wünscht keine Kinder

Harry Liedke, Maria Corda

im Beiprogramm:
Gratis-Tanzkurs in Charleston

Beginn der Vorstellungen:
8.30, 5, 7 und 9 Uhr 12.15

Verstärktes Orchester!

Bremen-Südamerika

mit den bestens bekannten Dampfern der «Sierra»-Klasse
«Sierra Ventana» «Sierra Córdoba»
«Sierra Morena»

Hervorragende Reisegelegenheiten I. u. II. Kl.

Ferner mit den beliebtesten Dampfern
«Weser» «Werra» «Köln» «Madrid»
für Mittelklasse und III. Klasse

Kostenlose Auskunft und illustrierte Prospekte durch
NORDDEUTSCHER LLOYD BREMEN
und sämtliche Vertretungen

in Karlsruhe: Lloyd-Reisebüro Goldsch. Kaiserstr. 181, Ecke Herrenstraße
in Baden-Baden: Lloyd-Reisebüro W. Langguth, Lichten-
talerstr. 10 (Café Zabler)

in Offenburg: Becht & Gehring, Güterbahnhof
Nur für Fracht: Norddeutscher Lloyd, Frachtkontor Stutt-
gart G. m. b. H. Friedrichstraße 32 III 124

Resi Waldstr.

Ein Zeichen des Erfolges

Ben Hur

Täglich ausverkauft!

Bei Ihren Eintäufen berücksichtigen Sie diese Zeitung.

Pfannkuch

Vorbeugung gegen Grippe

Echter Weinbrand:
1/2 Gl. 1/2 Gl. 3.80 2.10
Echtes Schwarzwälder Hirschwasser:
1/2 Gl. 1/2 Gl. 6.00 3.25
Echtes Schwarzwälder Zwetschenwass.
1/2 Gl. 1/2 Gl. 5.00 2.75

Reiner Bienenhonig
1 Pfd. 1.35 mit 1/4 Gl.

Musterbonbon:
Bayerisch Walz Eucalyptus Menthol gefüllte 1281 Sonntags Süßen Mischung

Pfannkuch

Eckstein Gold

für 4, eine gute Zigarette!

Der Tobak: Durch die wichtigen Neuerungen in der Kartonnagenherstellung — so wurde bereits gesagt — ist ein zulanglicher Betrag für die Tabakbeschaffung zur Verfügung.

Milde soll die Zigarette sein, ohne doch darum fade zu schmecken — das ist der berechtigte Wunsch des geschulten Rauchers. Naturreine, edle Tabake von besonderer Leichtigkeit müssen deshalb reichliche Verwendung finden. Sorten solcher Art sind bei der Bereitung der Eckstein Gold in hohem Prozentsatz herangezogen worden, denn wir haben gerade von diesen Tabakarten sehr große Mengen gekauft, die zum Teil schon eingetroffen sind, zum Teil noch verladen werden. Die hohe Qualität der Eckstein Gold ist hierdurch auf lange Zeit sichergestellt.



Daher: Raucht Eckstein Gold 25 Stck. zu 1 Mk.

Kühler Krug

LASSALLA
KARLSRUHE
1896

Sonntag, den 30. Januar, nachm. 3 Uhr beginnend

Damen- u. Fremden-Sitzung

(Jubiläums-Sitzung)

Ende 2 Uhr mit darauffolgendem **BALL** Ende 3 Uhr

Prunkvoller Aufzug des Elferrates punkt 4.11 Uhr / Auftreten der bestbekannten Blütenredner und -rednerinnen

Humoristisches Künstler-Programm
(Harmonie-Kapelle)

Eintritt für Nichtmitglieder Mark 1.— Mitglieder Mark 0.50 einschließlich Kopfbedeckung

Größere Serie selbstverfertigte **Schlafzimmer** einz. u. komplett beste Qualität Konkurrenzlos billig!

Gebr. Klein
Durlacherstr. 97
Rappurstr. 14

Matratzen
Patent-Rolle Dünnschlafmatzen
Chiffon- und Schöner Stepp- u. Dünnschlafmatzen, vert. blüht evtl. Jacht- u. Gletschschneebord, Karlstraße 86.

Pfannkuch
Vorbereitung gegen Grippe

Grippe
für Glühwein: **MONTANA**

Dürkheimer
Dürkheimer Feuerberg
Kouffillon
Malaga Gold extra

Dürkheimer
Dürkheimer Feuerberg
Kouffillon
Malaga Gold extra

Dürkheimer
Dürkheimer Feuerberg
Kouffillon
Malaga Gold extra

Dürkheimer
Dürkheimer Feuerberg
Kouffillon
Malaga Gold extra

Dürkheimer
Dürkheimer Feuerberg
Kouffillon
Malaga Gold extra

Dürkheimer
Dürkheimer Feuerberg
Kouffillon
Malaga Gold extra

Dürkheimer
Dürkheimer Feuerberg
Kouffillon
Malaga Gold extra

Dürkheimer
Dürkheimer Feuerberg
Kouffillon
Malaga Gold extra

Todes-Anzeige

Am Montag verschied nach langem schwerem Leiden in Freiburg an den Folgen einer Operation mein innigstgeliebter Mann, unser guter, treuversorgter Vater

Richard Horn

Freiurmeister
im Alter von 62 Jahren. 1287

Karlsruhe-Wahlburg, 26. Januar 1927

In tiefstem Leid
Anna Horn, geb. Stief
Ferdinand Horn
Willy Horn
Karl Horn

Beerdigung: Donnerstag nachmittag 4 Uhr auf dem Wahlburger Friedhof.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Erstgruppe Karlsruhe

Unseren Kameraden die traurige Mitteilung, daß unser Kamerad

Richard Horn

Freiurmeister

verschieden ist. Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr, auf dem Wahlburger Friedhof statt.

Wir eruchen unsere Kameraden um zahlreiche Beteiligung in Uniform. Anzutreten um 1/4 Uhr vor dem Friedhof.

Der Vorstand.

Badisches Landestheater

Mittwoch, d. 26. Jan.
C 14 2h.-Gem. III. S.-Gr
Neu einstudiert

Wie es euch gefällt

von Shatepeare
Kastl von Zilcher

In Szene gesetzt v. Felix Baumgardt. Musik. Zeitig: Alfons Richter

Herzog von der Trucht
Gelia Ademacher
Herzog Präter
Kajalinde Fein
Krochlein Alchle
De Leo Brand
Erster Edelknecht
Zweitermann Weidner
Charles Soibauer
Amens Dr. Struz
Jacques Dohlen
Geilmann Kaludach
Wagen Seiberlich
Wania
Cliber
Jakob
Erlando
Klamm
Dennis
Gorrianus
Erbins
Willelm
Räthen
Schwen

Abend
7 Uhr
Gade gegen 10 Uhr
Sperung 1 Uhr 5 -
Donnerstag 27. Januar
Freitag 28. Januar
„Die Engenotten“

Volkschor Karlsruhe-West e. V. Freie Turnerschaft Karlsruhe e. V.

Todes-Anzeige

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen Mitgliedes

Richard Horn

Freiurmeister

geheim in Kenntnis zu setzen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Wahlburger Friedhof statt.

Zahlreiche Beteiligung erwarten

Die Vorstände.

Die Sänger und Mitglieder treffen sich um 1/4 Uhr am Friedhofeingang.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe

Todes-Anzeige

Den Mitgliedern die schmerzliche Nachricht, daß unser werter Genosse

Richard Horn

Freiurmeister

verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 Uhr auf dem Wahlburger Friedhof statt. Wir eruchen unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung

Der Vorstand.

TIETZ Maskenkostüme

in großer Auswahl

Domino , schwarz mit farbigen Blenden . . . 8.75	Konfetti , Kleid m. Kopfbedeckung u. Rüsche 11.75
Clown mit Rüsche, f. Damen 12.75	Zille mit Mütze und Halstuch 19.75
Apachin , Kleid mit Tuch . . . 16.75	Pierrette , reizende Ausfüh. 24.75

Tarlatan mit Silberstreifen, 60 cm breit, in großer Auswahl . . . 35	Kantentoffe für Schärpen u. Trachtenkostüme in reicher Auswahl . . . 1.35
Tarlatan einfarbig, für Rüschen, in reicher Farbauswahl . . . 38	Maskensamt in schön, frischen Farben 1.35
Musseline u. Baumwollflanelle für Clownanz., Harlekin u. and. Masken . 95	Sendel m. Tupfen, gold, silber u. and. Farb. 1.45
Sendelstoffe in silber, gold und and. Farbtönen . . . 85	Atlas ca. 60 cm br., in schön Lichtfarb. 2.90
Trikotie silber, gold und kupfer . . . 85	Fourladine ca. 100 cm breit, mit schönem Seidenglanz . . . 1.90
Satin ca. 50 cm breit, schöne, glänzende Quilt., in reich. Farbauswahl. 1.10	Brocat ca. 60 cm breit, f. elegante Maskenkostüme, in reicher Auswahl 3.90

Damensrümpfe

in allen erdenklichen Karnevalfarben

Serie I Baumwolle , nahtlos, gut vorstärkt . . . Stück 50	Serie II Baumwollflor , Doppelsohle, Hochferse St. . . 75
Serie III Baumwollflor , mit Seidenstrick . . . Stück 1.25	Serie IV Seidenflor , Doppelsohle, Hochferse . . . 1.75
Serie V Waschseide , Doppelsohle, Hochferse St. . . 1.95	

Masken-Artikel

Harald Lloyd-Brillen . . . Stück 25	Chenille-Anstecker . . . Stück 25
Chaplin-Schnurrbärte Stück 6	Schleuderbälle mit Gummi . . . Stück 5
Tanzschellenstäbe . . . Stück 95	Ball-Pompons alle Farben Stück 7
Besatz-Sterne u. Monde Messing . . . 15	Besatz-Sterne u. Monde Silber . . . 5
Münzen . . . Dtzd. 12	Schellen . . . Dtzd. 15
Ansteckblumen . . . Stück 10	Damenmasken in viel Farb. St. 25
Herrenmasken in viel Farb. Stück 20	Gigerl-Fingerringe m. groß. Stein. St. 75
Karnevalsorden Messing . . . Stück 95	Große Ohrringel Zigeun. u. Indier Paar 75
Flitteromotive Stück 15	Flitterbesatz gold, silber, rot, grün Mtr. 10
Diademe für Zigeunerinnen . . . Stück 85	Armspangen Messing . . . Stück 45
Holländerreife Stück 1.95	Lahnband gold und silber . . . Meter 4
Pfaufedern Stück 10	Perücken Stück 2.25
Schaumperlen Reihe 25	Bauerntücher Stück 1.25
Nebelhörner Blech Stück 15	Besatzsteine farbig Dtzd. 30
Similiborde Dtzd. 15	Similibordene Meter 50
Similiagraffen Stück 65	Similistirnreife Stück 95

Beintrikots

schwarz, weiß, rot, grün, blau, lila und fleischfarbig

Baumwolle Größe 2 Gr. 3 Gr. 4 Gr. 5 Gr. 6	3.- 3.40 3.80 4.25 4.50
Makomereis	5.75 6.75 7.75 8.75 9.75

Kopfbedeckungen

Kleine Filzhüte
Clown, Zylinder und Bauern . . . 65

Bajazzo-Käppis 75

Filz-Zylinder 3.75

Bauern- u. Gigerlhut 1.75

Räuber- u. Banditenhut 3.50

Tiroler-Hut 2.75

Hohe Spitzhüte 1.65

Halsrüschen 1.50

Maskenformen 1.50

Papierwaren

Papiermützen für Karnevalszugungen oder Bockstiefenfest . . . 25

Zylinder von Pappe, Stück 75

Miniaturhüte aus Karton, 60 24 20 17 13

Fantasie-Kopfbedeckungen

für Damen und Herren
Reichste Auswahl neuester Modelle

Diademe Stück 70	Orden Stück 42
Ordensketten Stück 36	Luftschlangen 13-15m, Rollen, 20 Stück 10
Konietti in Beuteln Stück 10	Nebelhörner Stück 12
Musikinstrumente aus Pappe St. 1.20	Besichtsmasken, Halbmasken, Nasen für Erwachsene und Kinder billig!

Große Aufsetzköpfe

ca. 25 Muster Stück 4.75

Girlanden Stück 1.20

Dekorationskrepp groß, Farbensort. Rolle ca. 2 1/2 m 100 Rollen 14.00, 50 Rollen 7.50

Volkschor Karlsruhe-West e. V. Freie Turnerschaft Karlsruhe e. V.

Todes-Anzeige

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem Ableben unseres langjährigen Mitgliedes

Richard Horn

Freiurmeister

geheim in Kenntnis zu setzen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Wahlburger Friedhof statt.

Zahlreiche Beteiligung erwarten

Die Vorstände.

Die Sänger und Mitglieder treffen sich um 1/4 Uhr am Friedhofeingang.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe

Todes-Anzeige

Den Mitgliedern die schmerzliche Nachricht, daß unser werter Genosse

Richard Horn

Freiurmeister

verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 Uhr auf dem Wahlburger Friedhof statt. Wir eruchen unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung

Der Vorstand.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe

Todes-Anzeige

Den Mitgliedern die schmerzliche Nachricht, daß unser werter Genosse

Frau Käthe Ruppender

verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt.

Wir eruchen unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.

Volkskirchenbund Evang. Sozialisten

Am 24. Januar verschied nach schwerem Leiden in der Universitätsklinik Freiburg

Herr Richard Horn

Freiurmeister in Wahlburg

Der Volkskirchenbund Evang. Sozialisten betrauert in dem Entschlafenen einen seiner Gründer und treuesten Mitarbeiter. Er wird ihm immer ein dankbares Gedeken bewahren.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 27. Januar, nachmittags 4 Uhr, in Wahlburg statt.

Wir bitten unsere Freunde um ihre Teilnahme.

Trauerhüte

in jeder Preislage stets vorrätig

S. Rosenbusch, Kaisersstr. 137

Trauerbriefe

liefern schnell und billig die Verlagsdruckerei „Vollständ.“ G. m. b. H., Luitpoldstr. Nr. 24

Todesnachricht

Meine liebe, herzengute Frau, unsere treuversorgende Mutter

Frau Käthe Ruppender

ist gestorben. 1284

Karlsruhe, den 26. Januar 1927.
Goethestr. 16

In tiefem Schmerz:
Adolf Ruppender
Artur Ruppender
Gertrud Ruppender
Selma Ruppender

Beerdigung: Donnerstag nachm. 3 Uhr.

Sozialdemokrat. Partei Karlsruhe

Todes-Anzeige

Den Mitgliedern die schmerzliche Nachricht, daß unser werter Genosse

Frau Käthe Ruppender

verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 3 Uhr statt.

Wir eruchen unsere Mitglieder um zahlreiche Beteiligung.

Der Vorstand.